

## **Telekommunikation**

### **Verfügung Nr. 44/2007**

#### **Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften Hier: Legitimationsverfahren gemäß § 66c Abs. 2 TKG**

Artikel 3 des „Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften“ tritt am 1. September 2007 in Kraft.

Damit wird u.a. die Vorschrift des § 66c Abs. 2 in das TKG eingeführt.

Die Vorschrift lautet wie folgt:

#### **§ 66c**

##### **Preisanzeige**

(1) Für Kurzwahl-Datendienste hat außer im Falle des § 45I derjenige, der den vom Endnutzer zu zahlenden Preis für die Inanspruchnahme dieses Dienstes festlegt, vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit den für die Inanspruchnahme dieses Dienstes zu zahlenden Preis einschließlich der Umsatzsteuer und sonstiger Preisbestandteile ab einem Preis von 2 Euro pro Inanspruchnahme deutlich sichtbar und gut lesbar anzuzeigen und sich vom Endnutzer den Erhalt der Information bestätigen zu lassen. Satz 1 gilt auch für nichtsprachgestützte Neuartige Dienste ab einem Preis von 2 Euro pro Inanspruchnahme.

(2) Von den Verpflichtungen nach Absatz 1 kann abgewichen werden, wenn der Dienst im öffentlichen Interesse erbracht wird oder sich der Endkunde vor Inanspruchnahme der Dienstleistung gegenüber dem Verpflichteten nach Absatz 1 durch ein geeignetes Verfahren legitimiert. Die Einzelheiten regelt und veröffentlicht die Bundesnetzagentur.

Das vorliegende Legitimationsverfahren entspricht dem, ursprünglich in Verfügung Nr. 36/2003 veröffentlichten und mit Verfügung 37/2007 ohne inhaltliche Änderungen an die neue Gesetzeslage angepassten, Legitimationsverfahren. Es erfolgten nur sprachliche Anpassungen der Verfügungen Nr. 36/2003 bzw. 37/2007, so dass eine erneute Anhörung nicht erforderlich war.

Zu dem Legitimationsverfahren werden die nachfolgenden Einzelheiten geregelt. Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen kann Änderungen dieser Regeln vornehmen, wenn sich dies als erforderlich erweist.

### **1. Adressat der Regelung**

#### **1.1 Verpflichteter**

Bezüglich des Abweichens von der Preisanzeigepflicht muss das Legitimationsverfahren durch denjenigen, der den vom Endnutzer für die Inanspruchnahme des Dienstes zu zahlenden Preis festlegt, durchgeführt werden.

#### **1.2 Beauftragung eines Dritten**

Ein Dritter kann mit der Durchführung des Legitimationsverfahrens beauftragt werden.

## **2. Grundsätzliche Methodik**

Der Verpflichtete vergibt an den Anschlussinhaber eine an die Rufnummer bzw. die Rufnummern des Anschlussinhabers gekoppelte vierstellige PIN.  
Der Anschlussinhaber muss sich vor jeder Inanspruchnahme eines Dienstes, für den eine Legitimation erforderlich ist, durch die Eingabe der PIN legitimieren.

## **3. Anforderung einer PIN durch den Anschlussinhaber**

Der Anschlussinhaber muss schriftlich oder elektronisch mit qualifizierter elektronischer Signatur um die Vergabe einer PIN bitten.

Er muss dabei nachweisen, dass er tatsächlich der Inhaber des Anschlusses ist. Der Nachweis kann z.B. durch die Vorlage einer Kopie des Vertrages über den Anschluss oder eine geschwärzte oder ungeschwärzte Fassung der letzten Telefonrechnung erfolgen.

## **4. Vergabe der PIN an den Anschlussinhaber**

Eine PIN darf nur vergeben werden, wenn der Anschlussinhaber hierum schriftlich oder elektronisch mit qualifizierter elektronischer Signatur gebeten hat.

Die Vergabe muss schriftlich in einem verschlossenen Umschlag oder elektronisch mit qualifizierter elektronischer Signatur erfolgen.

Die Vergabe der PIN kann durch den Verpflichteten oder einen Dritten erfolgen. Es ist möglich, dass der Dritte eine PIN an den Anschlussinhaber vergibt, die bei mehreren Verpflichteten verwendet werden kann.

## **5. Methodik bei Eingabe und Prüfung der PIN**

Eingabe und Prüfung der PIN müssen vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit erfolgen.

## **6. Dokumentation der PIN-Eingabe**

Derjenige, der zur Durchführung eines Legitimationsverfahrens verpflichtet ist, muss bei Rechnungsstreitigkeiten nachweisen, dass sich der Kunde vor Inanspruchnahme des Dienstes mit der PIN legitimiert hat.

## **7. Sperrung einer PIN**

Der Rechnungsempfänger muss eine an ihn vergebene PIN bei der Vergabestelle jederzeit mit sofortiger Wirkung sperren können. Bei dreimaliger Fehleingabe muss die PIN automatisch gesperrt werden.

### **Begründung:**

#### **A) Grundsätzliches**

Nach dem Wortlaut der Regelungen muss sich der Endnutzer bei gewolltem Verzicht auf die Preisanzeige vor der Inanspruchnahme der Dienstleistung gegenüber demjenigen, der den

vom Endnutzer für die Inanspruchnahme des Dienstes zu zahlenden Preis festlegt, durch ein von der Bundesnetzagentur vorgegebenes Verfahren legitimieren.

Der Endnutzer ist zur Zahlung eines Entgelts gemäß § 66 g Nr. 2 TKG nicht verpflichtet, wenn und soweit nach Maßgabe des § 66c nicht vor Beginn der Inanspruchnahme über den erhobenen Preis informiert wurde und keine Bestätigung des Endnutzers erfolgte.

Ziel des Gesetzgebers ist es demnach, bei hochpreisigen Diensten sicherzustellen, dass nur derjenige den Dienst unter Verzicht auf eine vorherige Preisanzeige in Anspruch nehmen kann, der später auch das Entgelt zu entrichten hat. Zur Vermeidung langwieriger Rechtsstreite muss das Legitimationsverfahren zudem einen Nachweis ermöglichen, dass der Dienst durch den Anschlussinhaber oder mit seinem Einverständnis in Anspruch genommen wurde.

Daraus ergeben sich folgende Anforderungen an die Legitimation:

- Sie muss eine eindeutige Erklärung bezogen auf den Willen zum Verzicht auf die Preisanzeige darstellen.
- Sie darf nur dem Anschlussinhaber oder einer von ihm ermächtigten Person möglich sein.
- Sie muss nachweisbar sein (Abgabe der Erklärung, Zeitpunkt der Abgabe, Rufnummer etc.).
- Sie muss vor Inanspruchnahme der legitimationspflichtigen Dienstleistung erfolgen.

## **B) Zu den einzelnen Regelungen**

### **Zu 1. Adressat der Regelungen**

#### **Zu 1.1 Verpflichteter**

Der Adressat der Regelung entspricht dem in der Vorschrift genannten.

#### **Zu 1.2 Beauftragung eines Dritten**

Die Regelung entspricht dem allgemeinen Vertragsrecht.

Jeder, der zur Durchführung eines Legitimationsverfahrens verpflichtet ist, kann grundsätzlich eine eigene PIN vergeben. Aus Verbrauchersicht wünschenswert wäre, dass die gesamte Branche eine Institution mit der Vergabe beauftragt, so dass sich der Kunde mit einer PIN bei allen Diensteanbietern legitimieren kann. Denkbar wäre auch, dass einige Unternehmen gemeinsam eine PIN vergeben, bzw. gemeinsam eine Institution beauftragen. Diese Lösungen lassen sich regulatorisch nicht erzwingen, sind aber zulässig.

### **Zu 2. Grundsätzliche Methodik**

Die gesetzlichen Anforderungen werden durch ein Verfahren erfüllt, bei dem sich der Kunde in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen vor Beginn der Entgeltspflichtigkeit durch die Eingabe einer PIN legitimiert.

Eine vierstellige PIN erscheint hinreichend. Auch im bargeldlosen Zahlungsverkehr sind PIN dieser Länge üblich.

Eine höhere Sicherheit könnte durch ein Verfahren erreicht werden, bei dem der Kunde einen Satz von Transaktionsnummern (TAN) bekommt, von denen jede nach der Benutzung ungültig wird. Damit würde die Gefahr, dass die Legitimation durch Leichtsinns- oder kriminelle Energie einem Unberechtigten möglich wird, erheblich reduziert. In Abwägung von Aufwand

und Nutzen erscheint die Verpflichtung zu einem TAN-Verfahren aber nicht zweckdienlich. Für die Diensteanbieter wäre ein TAN-Verfahren wesentlich komplizierter. Dies gilt vor allem, wenn mehrere oder alle Diensteanbieter TAN aus derselben Serie zu prüfen hätten. Auch für Verbraucher wäre ein TAN-Verfahren schwieriger anzuwenden. Sollte jeder Diensteanbieter eigene TAN-Serien herausgeben, müsste der Verbraucher darauf achten, bei jedem Dienst die richtige TAN-Serie zu verwenden.

Eine Eingabe der PIN bei jeder Inanspruchnahme eines Dienstes ist notwendig, da ansonsten der mit der gesetzlichen Regelung bezweckte Schutz nicht ausreichend gewährleistet wäre. Die Schutzfunktion, die die Eingabe einer PIN haben soll, wäre nur bei einer einzigen Inanspruchnahme des Dienstes gegeben. Würde man eine Legitimation lediglich bei der erstmaligen Inanspruchnahme eines Dienstes vorschreiben, könnten darüber hinaus dann auch mit dem Anschlussinhaber nicht identische Personen diese Dienste ungehindert in Anspruch nehmen.

### **Zu 3. Anforderung einer PIN durch den Anschlussinhaber**

Die PIN muss an die Rufnummer bzw. die Rufnummern des Anschlussinhabers gekoppelt sein, so dass sie nur bei Inanspruchnahme des Dienstes von dem Anschluss mit dieser Nummer gültig ist. Bei der Inanspruchnahme von Kurzwahl-Datendiensten können Rechnungsbeträge in erheblicher Höhe aufkommen, die vom Anschlussinhaber zu zahlen sind. Es ist daher notwendig, dass der Anschlussinhaber seine Identität bei der Vergabe der PIN nachweist.

Die Anforderung muss schriftlich oder elektronisch mit qualifizierter elektronischer Signatur erfolgen und einen Nachweis enthalten, dass sie tatsächlich vom Anschlussinhaber kommt. Nur so kann von allen Anbietern sichergestellt werden, dass tatsächlich der Anschlussinhaber die PIN anfordert.

### **Zu 4. Vergabe der PIN an den Anschlussinhaber**

Die Vergabestelle muss in jedem Fall sicherstellen, dass die Vergabe einer PIN ausschließlich an den Anschlussinhaber erfolgt.

Die Vergabe der PIN muss wie deren Anforderung schriftlich mit verschlossenem Umschlag oder elektronisch mit qualifizierter elektronischer Signatur erfolgen. Eine mündliche Vergabe am Telefon oder eine Vergabe per SMS kommen nicht in Betracht, weil die PIN dann dem jeweiligen Gesprächspartner bzw. Leser der SMS bekannt würde und dieser nicht in jedem Fall der Anschlussinhaber ist.

### **Zu 5. Methodik bei Eingabe und Prüfung der PIN**

Die genaue Art und Weise der Eingabe der PIN wurde bewusst offen gehalten. Möglich erscheint beispielsweise die Übermittlung der PIN zusammen mit der SMS, mit welcher der Dienst bestellt wird.

### **Zu 6. Dokumentation der PIN-Eingabe**

Um für den Verbraucher Rechtssicherheit und für den Netzbetreiber Investitionssicherheit zu schaffen, muss von vornherein klar sein, wer im Falle von Streitigkeiten nachweisen muss, dass eine Legitimation erfolgt ist.

Da der Anschlussinhaber in aller Regel nicht nachweisen können wird, ob eine Legitimation mittels PIN erfolgt ist, muss der nach Abschnitt 1 dieser Regelung zur Durchführung eines

Legitimationsverfahrens Verpflichtete in seinen Betriebssystemen gerichtsfest dokumentieren, dass die PIN mitgeteilt wurde, so dass er im Falle von Streitigkeiten hierüber einen Nachweis führen kann.

### **Zu 7. Sperrung einer PIN**

Der Anschlussinhaber muss eine an ihn vergebene PIN bei der Vergabestelle jederzeit mit sofortiger Wirkung sperren können.

Wenn die PIN ausschließlich vom eigenen Anschluss aus verwendet werden kann, könnte sie auch nur vom eigenen Anschluss aus durch manuelles oder automatisiertes Ausprobieren aller möglichen PIN zunächst ermittelt und dann missbräuchlich verwendet werden. Das manuelle oder automatisierte Ausprobieren aller möglichen PIN wird zusätzlich durch eine automatische Sperrung bei dreimaliger Fehleingabe verhindert.